



SEITE 2
Integrationsjahr: Ein Gastbeitrag von IG Metall-Chef Jörg Hofmann

SEITE 3
FAQ zur Flüchtlingspolitik



SEITE 4/5
Im Interview: Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

SEITE 6
Internationaler Frauentag
Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen



SEITE 7
Projekt Zukunft:
#NeueGerechtigkeit

SEITE 8
SPD-Fraktion will öffentliche Sicherheit stärken

GUTE ARBEIT



Ausgabe 1/2016

Verfahren ordnen, Menschen helfen

Schnellere Asylverfahren sind die Grundlage für eine rasche Integration der Flüchtlinge.

Über 60 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg und Verfolgung aus ihren Heimatländern. Rund eine Million dieser Menschen sind im letzten Jahr nach Deutschland gekommen. Und so lange die Konflikte wie der in Syrien andauern, werden weitere Menschen Schutz suchen.

So viele Menschen aufzunehmen, zu versorgen und zu integrieren, ist selbst für ein reiches Land wie Deutschland eine große Herausforderung. Gleichzeitig müssen wir den Zuzug ordnen und die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, reduzieren. Nur dann können wir eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen und die Integration schaffen.



Frustrierend für Asylsuchende und schlecht für die Integration: Bisher dauern die Asylverfahren in Deutschland zu lange.

Asylverfahren beschleunigen

Mit dem ersten Asylopaket hat der Bundestag Ende letzten Jahres wichtige Maßnahmen dafür beschlossen. Es regelt unter anderem die Aufnahme von Asylbewerbern, sorgt für Unterstützung der Kommunen und eine bessere Ausstattung der Ämter.

Jetzt hat der Bundestag ein zweites Asylopaket verabschiedet. Im Mittelpunkt stehen schnellere Asylverfahren und leichtere Rückführungen von Menschen mit abgelehntem Asylantrag. „Wir wollen den Menschen Schutz geben, wir müssen aber auch sehr schnell entscheiden, ob diese Menschen hier bleiben oder ob sie unser Land wieder verlassen müssen“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl. Klar ist: Lange Asylverfahren sind frustrierend für die Asylsuchenden und bremsen die Integration. Denn erst wenn sie entschieden sind, können sich die Menschen

richtig integrieren. Dazu gehört auch, dass Menschen ohne Bleibeperspektive das Land wieder verlassen müssen. „Wir müssen uns jetzt auf die Integration derjenigen konzentrieren, die hier bleiben dürfen“, sagt Eva Högl.

Deshalb sollen Asylsuchende mit geringen Bleibeperspektiven künftig in besonderen Aufnahme-Einrichtungen untergebracht werden. Über ihre Asylanträge soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) innerhalb von einer Woche entscheiden. Diese Regelung betrifft unter anderem Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller oder Asylsuchende, die nicht bereit sind, ihre wahre Herkunft zu nennen.

Im Fall einer Ablehnung soll ihre Rückführung unmittelbar aus der Aufnahme-Einrichtung erfolgen. Zudem wird der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aus-

gesetzt, wobei insbesondere für minderjährige subsidiär Schutzberechtigte eine Härtefallprüfung vorgenommen werden kann. Für Asylberechtigte oder anerkannte Flüchtlinge bleibt der Familiennachzug voll erhalten.

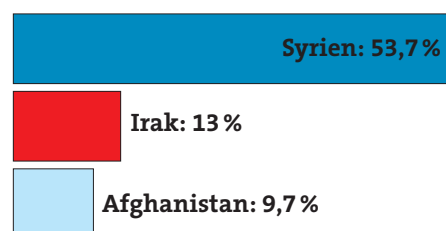
Integrationspaket muss folgen

Das Asylopaket II sei insgesamt ein vernünftiger Kompromiss der Koalition, sagt Eva Högl. Die SPD-Fraktion hat in den Verhandlungen sichergestellt,

dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, weiterhin ein menschliches und faires Verfahren erhalten.

Die SPD-Fraktion wird sich jetzt dafür einsetzen, dass auf die Asylopakete ein Integrationspaket folgt. SPD-Fraktionschef Oppermann sagt dazu: „Wir müssen nun rasch die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit sich Menschen, die neu in unser Land kommen und hier bleiben werden, schnell integrieren.“ ■

Woher kommen die Flüchtlinge?



Registrierte Asyl-Erstanträge im Januar 2016 nach Hauptherkunftsländern

(Quelle: BAMF)

„Wer mitarbeitet, gehört dazu“

Arbeit als Grundlage für Integration: In seinem Gastbeitrag fordert der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann ein „Integrationsjahr“ für Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose.

Von den rund eine Million Flüchtlingen, die im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen sind, wird nach Schätzung der Bundesregierung ungefähr die Hälfte für längere Zeit bei uns bleiben.

Wie lange das sein wird, kann derzeit niemand abschließend beurteilen. Manche werden für immer in Deutschland bleiben. So oder so müssen wir uns nach der hitzigen Debatte um Aufnahme und Ankunft nun im nächsten Schritt fragen, wie diese Menschen in Deutschland integriert werden können. Wo können sie leben? Wie können sie ihr Geld verdienen?

Anerkannte Flüchtlinge gilt es, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Denn Ausbildung, Arbeit und Einkommen sind zentrale Eckpfeiler für eine gelungene Integration. Damit das gelingt, setzen wir auf stimmige Einstiegsmodelle, die Arbeit im Betrieb, Qualifizierung sowie Integrations- und Sprachkurse sinnvoll miteinander kombinieren.



Jörg Hofmann ist seit Oktober 2015 Vorsitzender der IG Metall.

So das von der IG Metall vorgeschlagene „Integrationsjahr“. Es nutzt das Instrument des Eingliederungszuschusses, den Arbeitgeber erhalten können, wenn sie Flüchtlinge oder Langzeitarbeitslose beschäftigen. Solche Programme bieten die Möglich-

keit, dass Flüchtlinge Ausbildung und Einkommenserzielung miteinander verbinden. Im Integrationsjahr sollen Qualifizierung und Arbeit betriebnah kombiniert werden. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, danach einen berufsqualifizierenden

Abschluss etwa mit Hilfe des Programms „Wegebau“ oder durch die begleitende Vorbereitung zur externen Kammerprüfung zu erreichen. Dabei ist wichtig: Die Maßnahmen stehen nicht nur Flüchtlingen, sondern auch allen anderen am Arbeitsmarkt Benachteiligten offen, also auch Langzeitarbeitslosen. Es gilt das Prinzip: Gleiche Ansprüche für alle, die unsere gesellschaftliche Unterstützung benötigen.

Dies gilt auch für Jugendliche, die die Schule verlassen und denen noch Kompetenzen für den Beginn einer dualen Ausbildung fehlen. Hier haben wir mit den Arbeitgebern ein „Förderjahr“ vereinbart, in dem etwa noch fehlende sprachliche Kompetenz erworben werden kann. Dieses „Förderjahr“ wurde nun für junge Flüchtlinge angepasst.

Mit dem „Förderjahr“ und dem „Integrationsjahr“ haben wir passgenaue Modelle entwickelt, die Transparenz für Betroffene, Arbeitgeber und Betriebsräte bringen. ■

Flüchtlinge integrieren, die Gesellschaft zusammenhalten

Viele Menschen, die derzeit als Flüchtlinge zu uns kommen, werden auf längere Sicht als Bürgerinnen und Bürger bei uns bleiben.

Sie zu integrieren, wird in den nächsten Jahren eine Daueraufgabe sein. „Integration ist kein Selbstläufer und keine einseitige Verpflichtung, sondern bedarf umfangreicher Anstrengungen von allen Seiten“, sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht. Es gehe darum, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu bewahren.

Die SPD-Fraktion hat schon im letzten Jahr erste Maßnahmen für eine bessere Integration durchgesetzt: Asylsuchende können schneller anfangen, zu arbeiten. Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden, haben mehr Rechtssicherheit. Berufliche Erfahrungen werden besser erfasst und Bildungsabschlüsse schneller anerkannt. Die Koalition hat die Sprachförderung massiv aufgestockt, die Jobcenter finanziell besser ausgestattet und die Mittel für den sozialen Wohnungsbau erhöht.

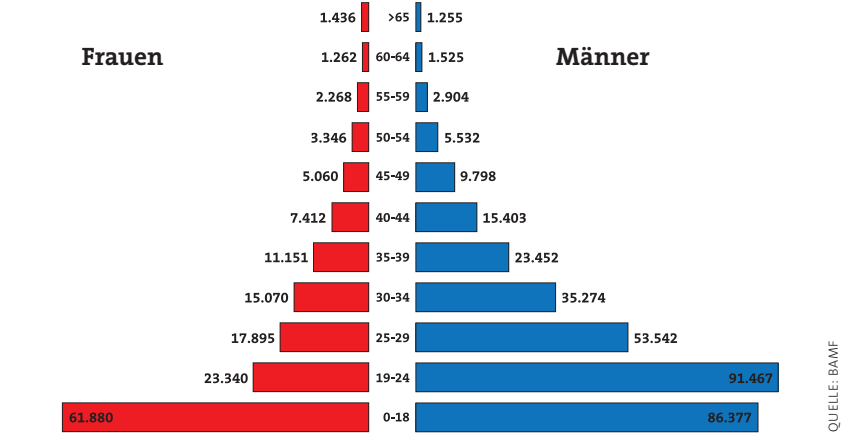
Klar ist aber auch: Um die Fehler der Vergangenheit bei der Integration nicht zu wiederholen, braucht es einen umfassenden Integrationsplan, in dem alles zusammenpasst: Sprachkurse, berufliche Bildung, Arbeitsmarktzugang,

Wohnen, Demokratievermittlung. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe arbeitet derzeit an entsprechenden Maßnahmen. Die Grundlage dafür haben die SPD-Ministerinnen Manuela Schwesig, Andrea Nahles, Barbara Hendricks und Aydan Özoguz gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit ihrem „Integrationsplan für Deutschland“ bereits im November vorgelegt.

Investitionen sind gut für alle

Die Grundidee: Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik. Also keinen reinen Flüchtlingswohnungsbau, sondern mehr Wohnungsbau für alle, die in Deutschland eine bezahlbare Wohnung suchen. Investitionen in eine bessere Bildung für alle, vor allem bei Kitas und Ganztagschulen. „Wir brauchen ausreichend viele Kita-Plätze und Lehrkräfte in Schulen sowie genügend bezahlbaren Wohnraum – für neu ankommende Flüchtlinge und für Einheimische“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Integrationspolitik müsse sich an dem Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ orientieren. „Deshalb fordern wir ein eigenes Integrationsförderungsgesetz, das die Förderangebote ebenso verankert wie die Pflicht, diese wahrzunehmen.“ ■

Asylbewerber nach Alter und Geschlecht
Januar bis Dezember 2015



Zentral für die Integration: Investitionen in Bildung, vor allem Kitas und Ganztagschulen.

FAQ Flüchtlingspolitik: Wie geht es weiter?

Woher kommen die Flüchtlinge? Wie bringen wir Ordnung in die Asylverfahren? Fragen und Antworten zur Flüchtlingspolitik.

Wie viele Flüchtlinge kommen derzeit nach Deutschland?

Auch 2016 kommen wieder sehr viele Menschen auf der Suche nach Schutz und Lebensperspektiven nach Deutschland. Rund 80.000 Flüchtlinge wurden im Januar registriert, darunter 60 Prozent Frauen und Kinder. Mehr als 30.000 der Flüchtlinge stammen aus Syrien, je 16.000 sind Iraker und Afghanen.

Wie kann die Zahl der Flüchtlinge reduziert werden?

Um die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge zu verringern, braucht es vor allem bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarregionen der Krisen- und Bürgerkriegsgebiete. Das sind vor allem Jordanien, der Libanon, der Irak und die Türkei. Für die humanitäre Versorgung stellt Deutschland deshalb im Jahr 2016 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen 700 Millionen Euro für die langfristige Entwicklungshilfe weltweit, um Fluchtursachen dauerhaft vorzubeugen. Zudem unterstützt die SPD-Fraktion den Vorschlag der EU-Kommission für eine bessere europäische Grenzsicherung und Küstenwache. Mit der Türkei soll ein Rücknahmeabkommen geschlossen werden. Ziel der SPD-Fraktion ist es, mit Hilfe des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon, Jordanien und dem Irak zu vereinbaren. Kontingente führen zu mehr Kontrolle über den Flüchtlingszugang – und bieten den Menschen einen sicheren Weg nach Europa.

Warum schließen wir nicht einfach die Grenzen?

Eine Schließung der nationalen Grenzen führt nicht dazu, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Menschen würden sich trotzdem auf den Weg machen und einen Grenzübertritt über die grüne Grenze versuchen. Um das zu verhindern, müsste man die Grenzen sichern wie einst die DDR – mit Mauern, Stacheldraht und im Notfall mit Waffengewalt. Das lehnt die SPD-Fraktion entschieden ab. Zudem droht bei einer Grenzschließung ein Dominoeffekt in anderen EU-Staaten wie Griechenland



Im Januar 2016 wurden in Deutschland über 80.000 Flüchtlinge registriert.

oder Bulgarien und in den Westbalkanstaaten – bis hin zu einem Kollaps dieser Staaten, der die jungen Demokratien in der Region destabilisieren könnte.

Warum setzt die SPD-Fraktion weiter auf eine europäische Lösung?

Auch für die EU wäre eine Schließung nationaler Grenzen eine Katastrophe: Es wäre das Ende der europäischen Freizügigkeit. Diese ist nicht nur ein persönlicher Gewinn an Reise- und Niederlassungsfreiheit, sondern auch ein enorm wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Deshalb sind die Sozialdemokraten überzeugt: Die Flüchtlingsfrage muss europäisch gelöst werden und nicht im nationalen Alleingang. Obergrenzen und Grenzzäune helfen nicht, sondern sie gefährden die EU und beschädigen unsere Wirtschaft.

Wie wird kontrolliert, wer nach Deutschland einreist?

Die Große Koalition hat im Herbst 2015 eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, damit kein Asylbewerber unkontrolliert nach Deutschland einreist. Alle Asylsuchenden erhalten zum Beispiel bei ihrer Registrierung einen einheitlichen Ankunftsnachweis. Ohne diesen kann ein Flüchtling keinen Asylantrag stellen. Seit September 2015 kontrolliert Deutschland die deutsch-österreichische Grenze verstärkt. Die Bundespolizei bekommt in den kom-

menden drei Jahren zusätzlich 3.000 Stellen. Damit die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft kontrolliert weiterreisen, übernimmt der Bund die Verteilung der Asylbewerber in die Bundesländer.

Wie sollen Asylverfahren beschleunigt werden?

Die Asylverfahren sind das Nadelöhr der Flüchtlingsankunft: Erst wenn sie entschieden sind, kann ein Flüchtling wirklich integriert werden – oder bei einer Ablehnung ausreisen oder abgeschoben werden. Schon mit den Haushalten 2013 bis 2015 hat die Koalition das Personal des BAMF mit zusätzlichen 1650 Mitarbeitern um mehr als 50 Prozent erhöht. Für 2016 stellt das BAMF nochmal weitere 4000 Personen ein. Die Bearbeitungszeit der Asylanträge wird sich dadurch 2016 deutlich beschleunigen.

Bekommen Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten noch Asyl?

Jeder Asylsuchende hat auch künftig ein Recht auf Prüfung seines Asylgesuchs. Allerdings werden Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten im Verfahren anders behandelt: Es gibt unter anderem eine Beweislastumkehr und eine verkürzte Ausreisefrist. Aber es erfolgt auch hier eine individuelle Prüfung. Wer als Betroffener tatsächlich drohende Menschenrechtsverletzungen vorbringen kann, wird als schutzberechtigt anerkannt. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser, die zahlreichen Angriffe auf die Würde von Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, sind abstoßend. Jede Tat ist eine zu viel! Unser Land braucht Zusammenhalt, nicht Hass und Ausgrenzung. Deshalb setzen die Sozialdemokraten mit der Aktion „Stimme der Vernunft“ ein starkes Signal gegen Fremdenhass und geistige Brandstifter. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich diesem Aufruf schon angeschlossen. Wir zeigen damit: Die große Mehrheit der Menschen in unserem Land sagt „Nein“ zu Hetze und Gewalt. Wir wollen, dass Deutschland menschlich und sicher bleibt.

Aber wir wissen auch: Vor uns liegt ein gewaltige Integrationsaufgabe. Wir müssen massiv in Bildung, Ausbildung und Wohnraum investieren. Wir brauchen ausreichend viele Kita-Plätze und Lehrkräfte in Schulen sowie genügend bezahlbaren Wohnraum – für neu ankommende Flüchtlinge und für Einheimische. Nur dann schaffen wir für alle Menschen gute Chancen auf Teilhabe und verhindern Verteilungskämpfe. Deshalb ist es gut, dass sich Bundesregierung und Länder auf Eckpunkte für ein Integrationspaket einigen wollen. Entscheidend ist jedoch, dass für die dort verabredeten Maßnahmen dann auch genügend Geld zur Verfügung gestellt wird. Mit den Verhandlungen um den Bundeshaushalt 2017 kommt die Stunde der Wahrheit: Dann wird sich zeigen, wie ernst es unserem Koalitionspartner mit der Integration der neu Ankommenden wirklich ist. Integrationspolitik heißt „Fördern und Fordern“ zugleich. Deshalb müssen wir uns schnell auf ein Integrationsförderungsgesetz auf Grundlage des Malu-Dreyer-Plans verständigen, das die Förderangebote ebenso verankert wie die Pflicht, diese wahrzunehmen. Das kommt übrigens nicht nur den Flüchtlingen, sondern allen zu Gute! ■



»Chancen und Vorteile in den Vordergrund stellen«

Wir müssen jetzt aus Flüchtlingen Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen machen, sagt Burkhard Lischka. Im Interview erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, warum Investitionen in die Integration gute Investitionen sind.

Im letzten Jahr wurde vor allem über die ausgeprägte Willkommenskultur der Deutschen berichtet. Mittlerweile zweifeln viele Menschen daran, ob und wie die Integration von hunderttausenden Flüchtlingen gelingen kann. Was sagen Sie diesen Menschen?

Die Integration von hunderttausenden Flüchtlingen ist natürlich kein Selbstläufer und wird noch jede Menge Anstrengungen erfordern – seitens der Politik, aber auch von Seiten der gesamten Gesellschaft. Aber ich warne davor, mit zu viel Sorge auf die Integration der Zuwanderer zu blicken. Deutschland ist das größte und wirtschaftlich stärkste Land in Europa – wer, wenn nicht wir, sollte dieser Herausforderung gewachsen sein? Vielmehr sollten wir die Chancen und Vorteile in den Vordergrund stellen, die sich für Deutschland durch viele

„Wer, wenn nicht wir, sollte dieser Herausforderung gewachsen sein?“

bereits gut ausgebildete, vor allem aber auch sehr ehrgeizige junge Menschen ergeben. Ich nenne ein Beispiel: Viele Betriebe in Deutschland suchen derzeit händeringend neue Fachkräfte. Gleichzeitig scheuen sich potenzielle Arbeitgeber jedoch, Ausbildungsplätze an Asylbewerber oder Geduldete zu vergeben, da sie aufgrund der unklaren Perspektive im Rahmen eines laufenden Asylverfahrens keine Planungssicherheit mit Blick auf ein längerfristiges Beschäftigungsverhältnis haben. Was

ich sagen will: Deutschland wird in den kommenden zehn Jahren aufgrund des demografischen Wandels mit einem Verlust von sechs Millionen Fachkräften konfrontiert werden. Wir müssen jetzt aus Flüchtlingen Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen sowie Mitschülerinnen und Mitschüler machen. Davon werden wir alle profitieren.

Der Bundestag hat jetzt das Asylpaket II beschlossen. Was genau versprechen Sie sich von dem Paket?

Im Grunde genommen ist das Asylpaket II in Kontinuität zu den bereits beschlossenen Maßnahmen der Großen Koalition zu sehen: Es geht darum, den Zuzug der hier ankommenden Flüchtlinge in geregelte Bahnen zu lenken. Und hier gilt vor allem: Alle Maßnahmen werden nur wirkungsvoll umsetzbar sein, wenn es uns endlich gelingt, die Asylverfahren zu beschleunigen.

Dies ist notwendig, damit jene mit einer echten Bleibeperspektive schnellstmöglich auf die Landkreise und Kommunen verteilt und integriert werden können. Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, müssen dagegen zügig und konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Klar ist: Ich sehe den zuständigen Bundesinnenminister in der Pflicht, die beschlossenen Maßnahmen endlich auch in die Tat umzusetzen. Dies bedeutet, dass vor allem endlich die im Haushalt bereitgestellten neuen Stellen beim BAMF schnellstmöglich vollständig besetzt werden. Die Union muss aufhören, jeden Tag mit neuen Vorschlägen um die Ecke zu kommen und sollte stattdessen seriös daran mitarbeiten, die verabredeten Maßnahmen jetzt zügig umzusetzen.

Schnellere Asylverfahren sind der erste Schritt. Anschließend geht es um die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft. Wie sehen hier die Rezepte der SPD-Fraktion aus?

Hier dürfen wir uns nichts vormachen: Die anstehenden Integrationsmaßnahmen werden Geld kosten – aber sie sind gut investiertes Geld. Und hier haben wir mit dem Integrationsplan von Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Aydan Özoguz, Barbara Hendricks und Malu Dreyer eine Vielzahl guter und konkreter Vorschläge unterbreitet, wie Integration gelingen kann. So sind zum Beispiel einerseits ein Ausbau der Kindertagesbetreuung und von Ganztagschulen notwendig, andererseits brauchen wir massive Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus und bei der sozialen Integration in Wohnquartiere. Auch das Ehrenamt muss durch eine Ausweitung des Bundesfreiwilligendienstes gestärkt werden.

Geht es nach der Union, sollen Flüchtlinge in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung keinen Anspruch auf Mindestlohn haben. Was halten Sie davon?

Nun, ich bin zunächst einmal froh, dass die Union mittlerweile eingesehen hat, dass dieser Vorschlag völlig daneben und im Hinblick auf ein friedliches

„Viele Betriebe suchen händeringend nach Fachkräften“

Miteinander von Zuwanderern und deutschen Arbeitnehmern vielmehr kontraproduktiv war. Sigmar Gabriel hat es auf den Punkt gebracht: Wenn Schwache gegen Schwache ausgespielt und Verteilungskämpfe auf dem Arbeitsmarkt befeuert werden, liefern wir ein Aufbauprogramm für die AfD. Im Übrigen: Deutschland braucht gut ausgebildete Fachkräfte und nicht ein Heer von Billiglöhnern.

„Niemand muss aufgrund der Zuwanderung um seinen Arbeitsplatz fürchten“

Wie verhindert man, dass Flüchtlinge und Bevölkerung auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt gegeneinander ausgespielt werden?

Ich habe es bereits angesprochen: Wir müssen deutlich machen, dass niemand aufgrund der Zuwanderung um seinen Arbeits- oder Wohnungsplatz fürchten muss. Im Gegenteil: Der sich abzeichnende Fachkräftemangel führt dazu, dass wir Zuwanderung benötigen. Und um es einfach auszudrücken: Arbeitsplätze sind ausreichend vorhanden – es geht darum, für diese Arbeitsplätze genügend qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszubilden. Das ist in unserem ureigenen Interesse, wenn wir Wohlstand und Wachstum auch in Zukunft in unserem Land sichern wollen.

Die SPD-Fraktion hat schon vor einem Jahr Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Ist der Vorschlag angesichts von einer Million Flüchtlingen noch aktuell?

Der Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz ist aktueller denn je. Wenn uns die derzeitige Flüchtlingssituation doch eines gezeigt hat, dann Folgendes: Wir brauchen eine geregelte Zuwanderung. Das bedeutet nicht zuletzt, dass wir eine klare Trennung zwischen Asyl- und Arbeitsmigration herbeiführen müssen. Ein transparentes und klar verständliches Einwanderungsgesetz kann helfen, jenen Menschen, die jetzt teilweise als so genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu uns kommen, aber kaum Aussichten auf ein erfolgreiches Asylverfahren haben, legale Wege aufzuzeigen, als Fachkräfte nach Deutschland zu kommen. Nochmal: Wir werden diese dringend benötigen. Sonst haben wir irgendwann keine Beitragszahler mehr für kommende Rentnergenerationen.

In der Vergangenheit ist beim Thema Integration in Deutschland nicht alles glatt gelaufen. Wie vermeiden wir es, die Fehler von früher zu wiederholen?

Wir müssen Integration als positive Herausforderung begreifen und den Mehrwert in den Vordergrund stellen. Wir haben schon einmal den Fehler begangen, Menschen die zu uns kommen, nur als „Gastarbeiter“ zu begreifen, und sind davon ausgegangen, dass diese in ihre Heimatländer zurückkehren. Seien wir doch ehrlich: Ein nicht unerheblicher Teil derjenigen, die jetzt zu uns flüchten, wird langfristig hier bleiben. Insofern gilt es, die sich bietenden

Potentiale zu nutzen und für eine vollständige Integration in unsere Gesellschaft zu sorgen.

„Ein großer Teil der Flüchtlinge wird langfristig hier bleiben“

Viele europäische Partner wehren sich allerdings vehement gegen eine Verteilung der Flüchtlinge nach Kontingenten. Wie geht es auf europäischer Ebene weiter?

Wer das Flüchtlingsproblem nicht als europäisches Problem sieht, belügt in diesen Tagen sein Publikum. Natürlich können wir Grenzen schließen und ignorieren, dass Millionen Flüchtlinge unter erbärmlichen Bedingungen leben. Klar geht das. Augen zu und durch. Die Frage ist nur: und dann? Wie lange geht das gut? Wie lange geht es uns gut?

Deutschland ist ein Land, das gut da steht. Das hat viel mit offenen Grenzen, mit offenen Handelswegen, mit einem freien Reise- und Warenverkehr zu tun, mit stabilen Nachbarländern. Da steht in diesen Tagen verdammt viel auf dem Spiel. Deshalb war und ist es richtig, dass gerade die deutsche Bundesregierung immer und immer wieder versucht, zumindest in Ansätzen zu einer europäischen Lösung zu kommen. Reden, verhandeln, streiten, wieder reden und verhandeln – alles ohne

Erfolgsgarantie, wohl wissend, dass dieses Europa gerade in der Flüchtlingsfrage auch krachend scheitern kann. Eine Einigung auf europäischer Ebene – so kompliziert und langwierig diese auch sein mag – ist der einzig gangbare und nachhaltige Weg. Die jetzt von einigen praktizierte nationalistische Kleinstaaterei führt in eine Sackgasse und ist keine Lösung des Problems. Insofern geht es jetzt darum, dass die mit der Türkei getroffenen Vereinbarungen umgesetzt und eingehalten werden. Gelingt dies in Kombination mit einer europäischen Kontingentlösung, werden wir relativ schnell zu einem geordneten Verfahren bei der Zuwanderung gelangen können.

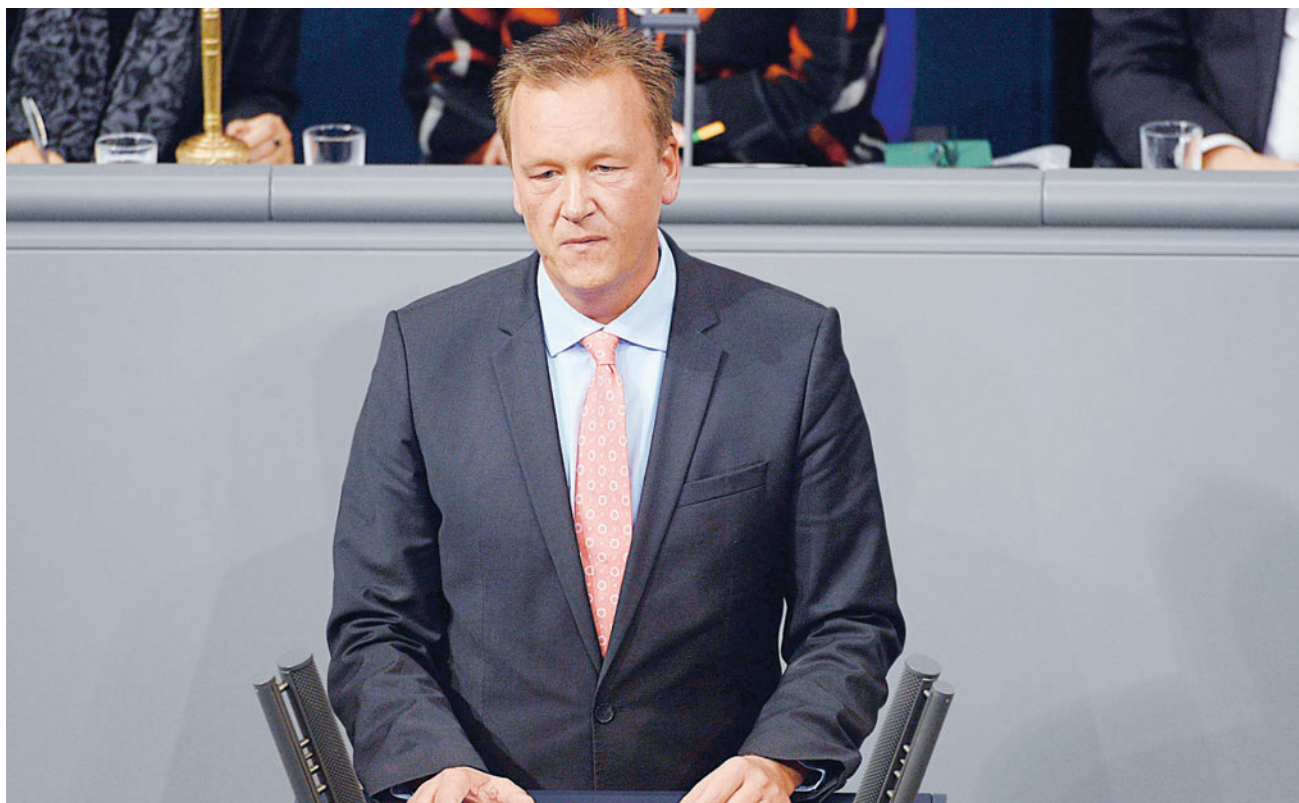
Die SPD-Fraktion steht in dieser Debatte ganz im Gegensatz zur Union fest an

„Eine Einigung auf europäischer Ebene ist der einzig gangbare Weg“

der Seite von Kanzlerin Merkel. Ein drohender Fall des Schengen-Systems durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen kann eine existenzielle Gefahr und der Anfang vom Ende des gemeinsamen Europas sein. Für diese historische Errungenschaft gilt es, um jeden Preis zu kämpfen! ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Für Burkhard Lischka wäre die Schließung der nationalen Grenzen der Anfang vom Ende des gemeinsamen Europas.

Zur Person

Burkhard Lischka ist seit September 2014 innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Zuvor war er von 2011 bis 2014 Fraktionssprecher für Recht und Verbraucherschutz.

Im Bundestag vertritt Lischka die SPD-Fraktion im Innenausschuss und ist SPD-Obmann im Parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste.

Bis zu seiner Wahl in den Bundestag 2009 war der Jurist Staatssekretär im Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt. ■

Meldungen

Basiskonto für alle

Banken dürfen in Zukunft niemandem mehr die Eröffnung eines Girokontos verwehren. Das hat der Bundestag Ende Februar mit einem Gesetz beschlossen. Damit wird eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Danach sollen EU-weit alle geschäftsfähigen Personen einen Anspruch auf Eröffnung eines Basiskontos haben. „Ein Girokonto ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, auf die jeder Mensch ein Recht haben muss“, sagt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion Sarah Ryglewski. ■

Mindestlohn wirkt

Vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren mehrere Millionen Menschen in Deutschland. Er hat das Lohngefüge vor allem zugunsten von weniger qualifizierten Beschäftigten verändert. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Vor allem Dienstleistungsberufe und Beschäftigte in Ostdeutschland profitieren demnach vom Mindestlohn. So bekämen ungelernete Frauen in Ostdeutschland im Schnitt 8,5 Prozent mehr Lohn. ■



Mehr Arbeitnehmerrechte nur mit Sozialdemokraten: Katja Mast spricht vor Betriebsräten.

Gegen Missbrauch bei Leiharbeit

Die SPD-Fraktion kämpft weiter gegen den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen.

Erneut hat die SPD-Fraktion mit mehr als 350 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland in Berlin über die Gestaltung der Arbeitswelt diskutiert. Das Thema diesmal: der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.

Mehr Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebe es nur mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundes-

tagsfraktion, Katja Mast. Als Belege dafür nannte sie die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, den gesetzlichen Mindestlohn und als eines der wichtigsten Ziele die Stärkung der Tarifautonomie. Einen weiteren Beleg lieferte die Union im Vorfeld der Betriebsrätekonferenz: Sie hat die Resortabstimmung des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit verhindert.

Die betrieblichen Interessensvertreter machten hingegen deutlich, dass eine gesetzliche Regelung überfällig sei. Der Gesetzesentwurf aus dem Arbeitsministerium sieht unter anderem eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, gleiche Bezahlung nach neun Monaten und das Verbot ihres Einsatzes als Streikbrecher vor.

Dazu kommen eine klare Abgrenzung zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit sowie die Stärkung der Informationsrechte der Betriebsräte bei Werkverträgen.

Koalitionsvertrag umsetzen

„Andrea Nahles hat einen ausgewogenen Gesetzesentwurf erarbeitet, der die Vorgaben des Koalitionsvertrags eins zu eins umsetzt und der jetzt endlich ins parlamentarische Verfahren muss“, sagte SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann. Mit ihrem Verhalten schade die CDU/CSU der gesamten Regierung.

IG Metall-Chef Jörg Hofmann sah es ähnlich: Zu einer gerechten Arbeitswelt gehöre es, dass endlich Schluss gemacht werde mit den Lohndumping-Strategien mittels Leiharbeit und Werkverträgen. Dazu müsse der Koalitionsvertrag eingehalten werden, forderte Hofmann.

Die SPD-Fraktion hatte bereits im Januar mit einem Positionspapier erneut bekräftigt, dass sie den Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit beenden will. Daran wird sie festhalten. ■

Gleiche Bezahlung für Frauen



Wie schließen wir in Deutschland die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern? Welche gesetzlichen Regelungen müssen auf den Weg gebracht werden? Diese Fragen standen im Zentrum des diesjährigen Empfangs der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des Internationalen Frauentags. Nach den erfolgreichen Gesetzesinitiativen zum Mindestlohn, zum ElterngeldPlus und zur Frauenquote werden Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) und die SPD-Bundestagsfraktion in diesem Jahr unter anderem das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern auf den Weg bringen. Denn: Noch immer beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern 22 Prozent. ■

Elektromobilität fördern

Die Elektromobilität ist die Technik der Zukunft: Sie führt die Energiewende im Verkehrsbereich fort, ist gut für das Klima, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien kommt, und sie ist von zentraler Bedeutung für die Erhaltung von Industriearbeitsplätzen in Deutschland. Allerdings setzt sich die Technologie hierzulande nur langsam durch. Die SPD-Bundestagsfraktion skizziert in einem Positionspapier, wie man die Elektromobilität weiter voranbringen kann. Das Ziel: Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen unterwegs sein. Das haben die Sozialdemokraten gemeinsam mit der CDU/CSU im Koalitionsvertrag vereinbart.

Für die Sozialdemokraten ist klar: Wenn die deutsche Autoindustrie ihre Innovationsführerschaft behaupten will, darf sie sich bei dieser Antriebstechnologie der Zukunft nicht den Rang ablaufen lassen. „Ohne einen gemeinsamen Kraftakt von Industrie

und Politik wird der Umstieg zur klimafreundlichen Mobilität nicht gelingen“, sagt SPD-Fraktionsvize Sören Bartol.

In ihrem Positionspapier „Elektromobilität voranbringen“ beschreiben die Sozialdemokraten drei wesentliche Herausforderungen für Politik und Industrie: Elektrofahrzeuge sind zu teuer in der Anschaffung, haben eine eingeschränkte Reichweite, und die Ladeinfrastruktur in Deutschland ist nicht ausreichend. Deshalb macht die SPD-Fraktion zahlreiche neue Lösungsvorschläge zur Förderung der Technologie: Darunter ein Ladeinfrastrukturprogramm, das öffentlich zugängliche Schnellladepunkte durch gemeinsame Programme (Bund, Länder, Wirtschaft) fördert; eine steuerliche Förderung von gewerblich genutzten Fahrzeugen und eine Kaufprämie für Privatkunden; zudem wollen die Sozialdemokraten eine technikoffene Förderung des elektrisch betriebenen ÖPNV. ■

Wir sollten über die Zukunft sprechen!

In sechs Projekten sucht die SPD-Fraktion nach Antworten auf die Fragen von morgen – in einem breit angelegten Dialog. In dieser und der nächsten Ausgabe der Guten Arbeit zeigen wir, wie die Projekte laufen.



In bislang vier Workshops hat die Projektgruppe #Neuer Zusammenhalt mit Menschen aus ganz Deutschland diskutiert.

#Neuer Zusammenhalt

„Dorf ist kult“ – so hat es ein Teilnehmer auf dem ersten Dialogforum der Projektgruppe #NeuerZusammenhalt auf den Punkt gebracht. Aber wie sieht das Leben in den Dörfern künftig aus? Das ist eine der zentralen Fragen, die Projektleiter Jens Zimmermann und seine Stellvertreterin Svenja Stadler beantworten wollen. Denn wenn immer mehr junge Leute zum Leben und Arbeiten in die Stadt ziehen, hat das auch Folgen für diejenigen, die im Dorf bleiben: auf den Nahverkehr, die Gesundheitsversorgung oder das kulturelle Angebot. Die Projektgruppe will diesen regionalen Fliehkräften entgegenwirken. Auf bislang vier Workshops hat sie mit Menschen aus ganz Deutschland diskutiert. Dabei waren Regionalmanager ebenso wie Bäcker, Carsharing-Anbieter ebenso wie Ehrenamtliche, die sich für einen Bürgerbus engagieren.

Gerade die Frage nach der Mobilität im ländlichen Raum ist zentral. In vielen Dörfern fährt der Bus nur zweimal am Tag, ein Leben ohne Auto ist undenkbar. Wie lässt sich das ändern? Welche neuen Mobilitätskonzepte gibt es? Fragen wie diese stellt die Projektgruppe in ihrem ersten Dialogpapier. An weit über 600 verantwortliche Kommunal- und Landespolitiker sowie Interessengruppen haben die Sozialdemokraten ihr Papier verschickt. Die Resonanz ist groß. Auch online wird

fleißig mitdiskutiert, es sind bereits zahlreiche konkrete Vorschläge eingegangen. Das alles fließt ein in den großen Dialogprozess, der am Ende in konkrete Politik münden soll. Damit das Dorf auch in Zukunft „kult“ bleibt. ■

#Neue Chancen

Die Projektgruppe #Neue Chancen will alle Talente unabhängig von ihrer Herkunft besser fördern – ein Leben lang.

Wo eine Politik für mehr Bildungsgerechtigkeit ansetzen muss, identifizierte die Projektgruppe um Oliver Kaczmarek und seine Stellvertreterin Daniela De Ridder gleich zu Beginn im



Zu den Veranstaltungen der Projektgruppe kommen regelmäßig zahlreiche Gäste.

#Neue Erfolge

45 Fragen gestellt, mehr als 1000 Antworten erhalten – das ist die Bilanz des ersten Dialogpapiers der Projektgruppe #NeueErfolge zum Thema Innovationen im Mittelstand. Wie sollte ein transparentes Fördersystem strukturiert sein? Gibt es thematische und strukturelle Förderlücken? Diese und weitere Frage hat die Projektgruppe im November in ihrem Dialogpapier gestellt. Die Adressaten: mittelständische Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften. Ziel dieses Dialogs ist es, Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems zu analysieren und neue Ideen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. „Wir wollen nicht nur über Innovation reden, vielmehr ist unser Dialogansatz an sich innovativ. Indem wir gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft Konzepte

entwickeln, stellen wir diese auf eine breite Basis“, sagt Sabine Poschmann, die das Projekt zusammen mit ihrem Stellvertreter Dirk Wiese leitet. „Dass es dafür einen großen Bedarf gibt, zeigt das große Interesse an unseren Veranstaltungen.“

Der Dialog steht dabei im Vordergrund. Die Sozialdemokraten kommen nicht, um ihre Konzepte zu verkünden. Sie wollen etwas Neues erfahren, um sich eine Meinung zu bilden. „Ich glaube, die meinen es wirklich ernst“, schrieb dazu ein Teilnehmer im Anschluss an eine Dialogveranstaltung auf facebook. Gerade ist das zweite Dialogpapier der Projektgruppe erschienen, das Thema: Soziale Innovationspolitik. Ein drittes zum Thema Digitale Innovationen wird folgen. ■

Diskutieren sie mit!
zukunftsideoen.spdfraktion.de

offenen Austausch mit ihren Dialogpartnern. In einem World Café konnten Vertreter aus Gewerkschaften, Verbänden und Bildungsinitiativen den Abgeordneten zum Auftakt ihre Prioritäten für Reformvorhaben mit auf den Weg geben. Die frühkindliche Bildung stand dabei für viele ganz oben auf der Liste.

Wie können wir ihre Potenziale noch besser nutzen? Wie schaffen wir passgenaue, qualitativ hochwertige Angebote und eine Aufwertung der Erziehungsberufe? Danach fragt das erste Dialogpapier der Projektgruppe, zu dem bereits zahlreiche Stellungnahmen eingegangen sind. In Projektbesuchen und einem Fachforum im Düsseldorf Landtag mit über 100 Praktikern aus der frühkindlichen Bildung sammelt die Projektgruppe derzeit weitere Anregungen.

Auch der Dialog zum Thema „Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung“ läuft bereits auf Hochtouren. Das zweite Dialogpapier stellt Fragen zum Übergang von der Schule in Ausbildung, zu Ausbildungschancen für Geringqualifizierte und zur besseren Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung.

Den letzten Schwerpunkt wird dann die Aus- und Weiterbildungsförderung bilden. ■



Projektleiter Oliver Kaczmarek im Gespräch mit den Gästen eines Dialogforums.

Vorgestellt



Gabriele Hiller-Ohm

Gabriele Hiller-Ohm ist sich sicher: „Ohne den Tourismus sähe es in einigen Regionen Deutschlands düster aus.“ Rund 2,9 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt vom Tourismus ab. Als tourismuspolitische Sprecherin und Mitglied im Tourismusausschuss des Bundestages setzt sie sich dafür ein, dass es so bleibt. Zudem vertritt sie die SPD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales. „Menschen in Arbeit bringen und den Sozialstaat sichern“, das seien zentrale sozialdemokratische Ziele. Seit ihrer ersten Wahl in den Bundestag 2002 ist Gabriele Hiller-Ohm in ihrem Wahlkreis Lübeck stets direkt gewählt worden. ■



Niels Annen

„Politik lebt von Ideen und vom Mitmachen“, sagt Niels Annen. Und er selbst hat sich früh entschieden, mitzumachen. Schon als Jugendlicher in Hamburg fing er an, sich politisch zu engagieren. Dass es nie wieder zu Diktaturen – sei es von rechts oder links – kommen dürfe, bezeichnet er als eine Grundkonstante seiner politischen Arbeit. Niels Annen wurde 2005 erstmals – und nach Unterbrechung 2014 wieder – direkt als Abgeordneter des Wahlkreises Hamburg-Eimsbüttel in den Deutschen Bundestag gewählt. Seit 2014 ist der Historiker außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. ■

Öffentliche Sicherheit stärken

Mehr Polizei, mehr Wachsamkeit gegenüber Rechtsextremismus und Terrorismus – die SPD-Fraktion will die öffentliche Sicherheit stärken.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für einen starken Staat ein, der jede Einzelne und jeden Einzelnen vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen schützt. Wie? Dazu machen die Sozialdemokraten jetzt konkrete Vorschläge in einem Positionspapier. „Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden“, heißt es darin.

Die Sozialdemokraten wollen die „gefährlichen rechtsextremen Tendenzen in der Partei AfD und Gruppen wie Pegida vom Verfassungsschutz beobachten“ lassen. Zudem will die SPD-Fraktion die Sicherheitsbehörden wesentlich besser ausstatten. Bis 2019 sollen dafür insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern geschaffen werden. Davon hat die SPD-Fraktion bereits 3.000 durchgesetzt. „Wir wollen die Präsenz von Polizei in Wohngebieten, auf den Straßen und auf öffentlichen Plätzen sichtbar erhöhen“, heißt es in dem Papier. Außerdem sollen die Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus weiter gestärkt und der



Ziel der SPD-Fraktion: 12.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern bis 2019.

Informationsaustausch der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden insbesondere in Europa verbessert werden.

Die SPD-Fraktion setzt zudem auf umfassende Präventionsmaßnahmen. Dafür soll die Finanzierung der Bundesprogramme zur Demokratieförderung, Extremismusprävention und Deradikalisierung gesetzlich geregelt werden.

Einen Schwerpunkt legen die Sozialdemokraten auf die alltägliche Sicherheit im öffentlichen Raum. Dazu gehört

der Kampf gegen Wohnungseinbrüche und andere Diebstähle. Sie sollen konsequenter verhindert, verfolgt und aufgeklärt werden.

SPD-Fraktionsvizein Eva Högl sagt: „Als sozialdemokratisches Thema wollen wir öffentliche Sicherheit auf allen Ebenen zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen. Wir müssen weiterhin wachsam sein, denn es gibt viele Herausforderungen von Alltagskriminalität über Rechtsextremismus bis zu internationalem Terror.“ ■

Wettbewerb: Otto-Wels-Preis

Europa stand lange für Frieden, kulturellen Austausch und wirtschaftlichen Aufschwung. Aber die Gegenwart zeigt, dass all das nicht selbstverständlich ist. Wie geht es weiter mit Europa? Die SPD-Fraktion macht die Frage zum Thema ihres diesjährigen Otto-Wels-Preises für Demokratie. Das Motto des Kreativwettbewerbs: „Zukunft Europa(s)“. Gefragt sind diejenigen, um deren Zukunft es geht: Jugendliche und junge Erwachsene. Mitmachen können alle im Alter zwischen 16 und 20 Jahren.

Der Otto-Wels-Preis soll die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachhalten und gerade der jungen Generation vermitteln, dass die

Grundlagen unserer Demokratie sowie des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Kulturen immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.

Mit dem diesjährigen Preis will die SPD-Bundestagsfraktion deshalb junge Menschen auszeichnen, die sich in kreativer Weise mit der Frage nach der Zukunft Europas auseinandersetzen. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken attraktive Geldpreise, die von den SPD-Bundestagsabgeordneten gestiftet werden, sowie eine Einladung zur Preisverleihung in Berlin. Ausschreibung und Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss ist der 29. März 2016. ■

Meldung

SPD-Fraktion ist familienfreundlich

Die SPD-Bundestagsfraktion ist als erste und einzige Bundestagsfraktion als familienfreundliche Arbeitgeberin ausgezeichnet worden. Im Rahmen der Auditierung durch die „berufundfamilie gGmbH“ wurden die bestehenden Angebote der Fraktion zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie begutachtet und weiterführende Ziele einer familienbewussten Personalpolitik definiert. Die Maßnahmen werden nun innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt. ■

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktionsschluss: 02. März 2016
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer
Texte: Gero Fischer
Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800